



Bereich Controlling Betrieb 2
Az:
Datum: 09.01.2006

2006/001
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Betriebsausschuss 2 (Ausschuss für Jugend, Schule und Soziales)	26.01.2006	

Betreff

Antrag von Ratsmitglied Straub vom 28.10.2005;
"Einrichtung einer städtischen Beschäftigungsgesellschaft"

Finanzielle Auswirkungen

☒ keine haushaltsmäßige Berührung

☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Siehe Antrag.

Wolfgang Straub

Castrop-Rauxel, den 2005-10-28

Die Linke
Castrop-Rauxel
Wolfgang Straub
Bodelschwinger Str. 55 A
44577 Castrop-Rauxel

An den Bürgermeister der Stadt
Castrop-Rauxel
Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel

Antrag an den Rat der Stadt Castrop-Rauxel
Einrichtung einer städtischen Beschäftigungsgesellschaft

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren

Die Zahl der Arbeitslosen in Castrop-Rauxel ist konstant hoch. Es ist nicht anzunehmen, dass von der Wirtschaft neue Jobs für sie geschaffen werden. Kurzzeitige Ein-Euro-Jobs bieten gewöhnlich keine Möglichkeit, in ein unbefristetes Vollzeitarbeitsverhältnis zu gelangen. Durch Hartz IV erhalten diese Arbeitslosen eine finanzielle Grundsicherung, die aber nicht ausreicht, um ein menschenwürdiges Leben zu führen, zur sozialen Teilhabe reicht es nicht aus. Die Personen der Bedarfsgemeinschaften (unter ihnen viele Kinder) ziehen sich immer mehr zurück und verlieren jeden gesellschaftlichen Anschluss. Bis zu einer grundlegenden Veränderung unserer Gesellschaft hin zu einer solidarischen unverteilenden Verfassung muss versucht werden, den Ausschluss der Betroffenen aufzuhalten. Die Kommune als unterste Ebene ist gefordert, in ihrem Bereich alle bestehenden Möglichkeiten zu nutzen, um in Kombination von Ausbildung, Qualifizierung, Weiterbildung und Arbeiten den Arbeitslosen Perspektiven anzubieten. Mittel aus vielen Bezuschussungsprogrammen bei EU, Bund, Land, Agentur für Arbeit (der Katalog des Sozialgesetzbuches III für Kurzarbeitslose gilt auch für Langzeitarbeitslose), Stiftungen, Fonds usw. unterstützen solche Aktivitäten.

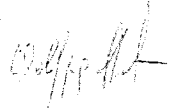
Wir beantragen hiermit die Gründung einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft für Castrop-Rauxel. Die städtische Haushaltslage ist zwar desaströs, aber Verwaltungs- und Investitionshaushalt bieten viele Möglichkeiten für Maßnahmen mit einer Einbeziehung von Langzeitarbeitslosen. Viele Städte führen bereits seit Jahren solche Maßnahmen durch und versuchen auf diese Weise ihren Langzeitarbeitslosen wieder die Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Die Stadt spart die anteiligen Mittel für die Kreisumlage, wenn Arbeitslose mittels der Maßnahmen der Beschäftigungsgesellschaft aus dem Alg II herausfallen. Bei unterstellten durchschnittlichen monatlichen Miet- und Heizungskosten von 344,-Euro pro Bedarfsgemeinschaft beträgt der kommunale Anteil (70,9%) monatlich 244,- Euro und

jährlich 2.928,- Euro. Diese eingesparten Gelder sollen voll in der Beschäftigungsgesellschaft eingesetzt werden.

Auch SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen nach ihrer Arbeitsvereinbarung „... neue Modelle der Qualifizierung und Beschäftigungsförderung“ schaffen und „... prüfen, ob die Einrichtung einer Beschäftigungsgesellschaft Sinn macht.“

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'W. Hoffmann', written in a cursive style.